

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Stefanie Arnold/Franziska Schnyder, GB) vom 9. März 2006: Für weniger Fluglärm über den Dächern von Bern (06.000085)

Anlässlich der Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2006 wandelten die Motionärinnen den Punkt 1 der Motion Fraktion GB/JA! in ein Postulat um und hielten an den Punkten 2 – 4 als Motion fest. Der Stadtrat erklärte an seiner Sitzung vom 19. Oktober 2006 (SRB 423) den Punkt 1 als Postulat erheblich (31 Ja, 29 Nein, 9 Enthaltungen) und lehnte die Punkte 2 bis 4 ab.

Die Stadt Bern ist gemäss Handelsregisterauszug von anfangs März 2006 mit alt-Stadtpräsident Baumgartner im Verwaltungsrat der Alpar AG vertreten. Gleichzeitig ist die Stadt Grundeigentümerin des Bodens, auf dem die Pistenverlängerung von 220 Metern gebaut werden soll.

Die Pistenverlängerung führt zu höheren An- und Abflugfrequenzen und erlaubt den Einsatz von Jets und anderen grösserer Flugzeugen. Es wird über den Dächern von Bern zu mehr Flugbewegungen und -lärm kommen. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Vertreter / die Vertreterin der Stadt in der Alpar AG dahingehend zu instruieren, dass

1. die Piste nicht verlängert wird,
2. die Lärmmessungsaufgabe, die der Alpar AG im Zusammenhang mit der Bewilligung der Pistenverlängerung mit Rekursentscheidungs vom 14. April 2003 auferlegt worden war, ohne Verzögerung umgesetzt wird, lautend: "Die Alpar AG wird verpflichtet zur Kontrolle der Lärmberechnungen in den An- und Abflugschneisen sowie im unmittelbar angrenzenden Wohngebiet punktuelle periodische Messungen durchzuführen. Die Messpunkte sind vom Kanton in Absprache mit den vom Fluglärm betroffenen Gemeinden zu bezeichnen. Die Ergebnisse der Messungen sind jährlich zu publizieren."
3. der Fluglärm nicht weiter zunimmt und die Alpar AG periodisch über die gemäss Betriebskonzession von ihr zu treffenden „besonderen Lärminderungsmaßnahmen" für die Zeit von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr orientiert,
4. die An- und Abflugfrequenzen von 75 000 Flugbewegungen mit einem Anteil von 21 Linien- und Charterflugverkehrs gemäss SIL pro Jahr nicht überschritten werden.

Bern, 9. März 2006

Motion Fraktion GB/JA! (Stefanie Arnold / Franziska Schnyder. GB), Urs Frieden, Catherine Weber, Hasim Sancar, Nathallie Imboden, Myriam Duc, Anne Wegmüller. Karin Gasser

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat kann nur wiederholen, was er bereits früher ausgeführt hat. In seiner Antwort vom 16. August 2006 auf den Vorstoss wies er darauf hin, dass er dem amtierenden Vertreter des Gemeinderats im Verwaltungsrat der Alpar AG keine Handlungsanweisungen erteilt hat, da die zweite Phase des Pistenanpassungs-Projekts gemäss glaubhaften Darlegungen der Alpar AG nicht zu einer zusätzlichen Lärmbelastung auf dem Gebiet der Stadt Bern führen wird. Bei einem Verzicht auf die Pistenverlängerung bestünde hingegen die Gefahr, dass der Linien- und Charterverkehr weitgehend wegfallen würde, da nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben. Um die Flugausfälle zu kompensieren, müsste die Alpar AG den Geschäftsbereich

„Privatverkehr“ forcieren. In diesem Fall würden jedoch die volkswirtschaftlich wertvollen Aspekte des Flugbetriebs weitgehend wegfallen und zusätzliche Flugbewegungen mit entsprechenden Lärmimmissionen resultieren. Die Zahl der Arbeitsplätze bei der Alpar AG und deren Zuliefer- und Service-Betrieben würde bei diesem Betriebsmodell stark reduziert. Aus denselben Gründen hat der Gemeinderat auch dem derzeit amtierenden Stadtpräsidenten, Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat der Alpar AG seit der Generalversammlung vom Juni 2006, keine Handlungsanweisungen erteilt. Zudem ist das Geschäft ohnehin schon längst abgeschlossen. Das Plangenehmigungsgesuch für die Pistenverlängerung hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) im September 2001 bewilligt. Die Rekurskommission UVEK hat im April 2002 die Genehmigung des BAZL bestätigt. Die Plangenehmigung ist somit bereits seit längerer Zeit rechtskräftig. Die Mitfinanzierung der Pistenverlängerung im Betrag von 3,0 Millionen Franken durch den Kanton wurde am 26. November 2006 von den Stimmberechtigten des Kantons Bern mit gut 63 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.

Bern, 31. Oktober 2007

Der Gemeinderat